Tabelle 2. Beobachtete Wechselwirkungen zwischen Treibern

Einflussrichtung →	Deutsche Klimapolitik im EU Rahmen	Globale Klimagovernance	Kommunaler Klimaschutz	Unternehmens- handeln	Konsum	Klimabewegung	Klimaklagen
Deutsche Klimapolitik im europäischen Rahmen		Nationale Klimapläne (NDCs) EU und Deutschland in UNFCCC-Verhandlungen Bilaterale und plurilaterale Kooperationen (JETPs)	Rahmengesetzgebung verankert Ziele Finanzierung über Förderprogramme und Subventionen Politische Kommunikation Ermöglichung lokaler Wertschöpfung (bspw. energy sharing) und alternativer Wirtschaftsfor- men (bspw. Bürgerenergie)	Rahmengesetze (KSG) Regulierung (bspw. Emissionswerte) Regeln für Transparenz und Reporting (EU-Taxonomie) Subventionen (bspw. Contracts for Difference) Impulse und Vorgaben zur Sektorenkopplung	Rechtliche und politische Instrumente Pol. Kommunikation und Kampagnen Labels und Kennzeichnungen Subventionen Bereitstellung von Infrastruktur (bspw. Fernstraßen, Schienen)	Rahmengesetze schaffen Momente für Agenda- Setting und Mobilisierung Pol. Entscheidungen als Anlass für Protest Pol. Kommunikation prägt Diskurse und Resonanz Gewährleistung von Grundrechten, bzw. polizeiliche Maßnahmen und Strafverfolgung	Grundlegende Rechtsnor- men eröffnen Klagemöglich- keiten und Zugang zur Justiz (bspw. Verbandsklagerecht) Klimarechtliche Normen und Gesetze Regierungshandeln bzw. -nichthandeln als Anlass für Klagen
Globale Klimagovernance	Globale Klimaziele des Paris Abkommens Synchronisierung von Politikprozessen Reportingmechanismus COP Entscheidungen als "Signale" für Politik		Umsetzung globaler Ziele und Emissions-Reporting über Städtenetzwerke COPs als Arena zur Vernetzung und Selbstdarstellung für subnationale Akteure	Net Zero Norm und Standards COP Entscheidungen als "Signale" für Investments COP als Arena zur Selbst- darstellung von Unter- nehmen	Globale Klimagovernance prägt globale Signale, Diskurse und Narrative	COPs als mediale Ereignisse, die Aufmerksamkeit bündeln (bspw. COP in Belém) COPs als Arenen für Vernetzung der Klima- bewegung	Internat. Verträge und Entscheidungen als normative Grundlagen für Klagen vor nationalen Gerichten Internat. Gerichte als Normsetzungsinstanzen
Kommunaler Klimaschutz	Maßnahmenumsetzung Einflussnahme durch kommunale Netzwerke und Verbünde	Einflussnahme durch Städtenetzwerke wie C40, ICLEI		Vorgaben und Planung (bspw. Wärmeplanung) Einfluss auf kommunale Unternehmen, z.B. Stadtwerke Kooperationen (PPPs)	Bereitstellung von Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Radwege) Informationsangebote	Formale Partizipations- prozesse und informelle Räume für Beteiligung	Kommunen als Klagende (bspw. in den USA) Zukünftig: Kommunale Untätigkeit als Anlass für Verfahren?
Unternehmens- handeln	Lobbyismus durch Verbände, in Parlamenten und Ministerien Fossilen oder klimafreund- liche Innovationen eröffnen oder schließen politische Möglichkeitsräume	Lobbyismus durch Repräsentation auf COPs Technologische Innovatio- nen eröffnen neue Möglich- keitsräume (bspw. Allianzen zu Solarenergie)	Lobbyismus auf lokaler Ebene Kooperation/ Kooperative Einbindung (PPP) Energieversorgungsunter- nehmen und Wohnungs- gesellschaften ermöglichen oder blockieren die Trans- formation		Kommunikation / Werbung Bereitstellung von klima- schädlichen/ -freundlichen Produkten	Unternehmerische Entscheidungen als Anlass für Protest Kooptation von Bewegungsakteuren SLAPPs und mediale Angriffe auf Aktivist*innen	Nicht-finanzielle Bericht- erstattung (ESG Reporting) erweitert Datengrunlage Unternehmensentscheidun- gen als Anlass für Klagen Vorgehen gegen Klima- regulierungen
Konsum	Wohlstandsvorstellungen und Wachstumszwang	"Staging" klima-freundlicher Pro-dukte auf COPs (bspw. bei den Global Climate Action Awards)	Nachfrage nach Infrastrukturen (bspw. Straßen, Schiene,)	Nachfrage nach (nicht) nachhaltigen Produkten (bspw. SUVs, vegane Ernährung) Distinktion über klima- freundliche Produkte		Anlass/Gegenstand für Proteste	Labels und Informationen für Konsument*innen als Anlass für Green-washing- Klagen
Klimabewegung	Mobilisierungen pro/contra Klima üben Druck auf Politik aus Zivilgesellschaftliche Allianzen unterstützen und legitimieren politische Initiativen Kampagnen setzen neue Themen oder Frames	Protest auf COPs übt Druck auf Verhandler*innen aus NGOs legitimieren inter- nationale Organisationen Themensetzung und -Integration (framing, issue linkage)	Druck auf lokale Entscheidungsträger*innen Partizipation und Legitimation von kommu- nalen Entscheidungsprozes- sen Themensetzung und -Integration Lokale Initiativen und Reallabore	Druck durch Kampagnen und Boykotts Offenlegung von Green- washing, Umweltschäden oder Unternehmens- verfehlungen	Einfluss auf Normen und Werte (Umweltbewusst- sein und -verhalten)		Aktivist*innen als Klageführende Unterstützungsnetzwerke für Klimaklagen
Klimaklagen	Themensetzung und Druck auf politische Prozesse durch (erfolgreiche) Klagen Klagen beeinflussen mediale Berichterstattung, und -Framing	Klagen prägen Narrative von Verantwortung und (globaler) Gerechtigkeit Klagen können Ansprüche auf Entschädigung begründen	Bisher wenig Auswirkungen	Klagen können Haftungs- risiken für Unternehmen erhöhen	Greenwashing-Klagen schaffen Transparenz für Konsument*innen	Klagen ermöglichen Zugang zu Daten und produzieren neues Wissen zu Unterneh- mensverantwortung (bspw. "Exxon Knew")	